

# Ausblick auf die Session in Bern

Heute Montag beginnt in Bern die Sommersession des National- und Ständerates. Fünf Luzerner Parlamentarierinnen und Parlamentarier blicken an dieser Stelle auf Themen und Geschäfte, die ihnen in den nächsten drei Wochen besonders wichtig sind. Behandelt werden unter anderem die Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» sowie der Gegenvorschlag. Auch die Behandlung der Prämien-Entlastungs-Initiative mit Gegenvorschlag steht

auf dem Programm. Zudem werden diverse Vorstösse behandelt, unter anderem zu den in den letzten Wochen stark angestiegenen Treibstoffpreisen und wie der Mittelstand dabei entlastet werden soll. Der Ständerat befasst sich in der aktuellen Session unter anderem mit der BVG-Reform. In beiden Räten ist natürlich auch der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die Energieversorgung in unserem Land ein Thema.

Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin Die Mitte

## Gesundheitskosten in den Griff bekommen

Zu Beginn der Sommersession wird über die Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» diskutiert. Diese Initiative wurde von unserer Partei (damals noch CVP) im März 2020 eingereicht. Nachdem letztes Jahr die Krankenkassenprämien nicht gestiegen sind, wird mit der voraussichtlichen Erhöhung der Prämien in diesem Herbst diese Initiative wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Neben der Rezession, die jetzt jeden Haushalt belastet, wird dies dann zusätzlich die Budgets belasten.

Reformen im Gesundheitswesen haben es schwer. Allen ist

es bewusst, dass man sparen muss, um die Kosten in den Griff zu bekommen, aber jede und jeder sagt «einfach nicht bei mir». Die Kostenbremse-Initiative verlangt nun, dass der Bundesrat, die Bundesversammlung oder allenfalls die Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zu den Löhnen zu stark ansteigen.

Die vorberatende Kommission hat mit einer Subkommission einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet, der Massnahmen zur Kostendämpfung insbesondere in den Bereichen Tarife und Laboranalysen vorsieht. Dabei

wird zum Teil ein Entwurf des Bundesrates zu Massnahmen zur Kostendämpfung – Vorgaben von Kostenzielen – übernommen.

Ich erwarte gespannt diese Diskussion, denn schon jetzt zeichnet sich ab, dass die SVP, die Grünen und die GLP auch nicht auf den Gegenentwurf eingetreten wollen.



Franz Grüter, Nationalrat SVP

## Treibstoffsteuern senken und Mittelstand entlasten

Ein Liter Benzin kostet bereits 2.20 Franken. Wer auf ein Auto angewiesen ist, zahlt mehrere hundert Franken pro Monat nur fürs Benzin. Mobilität wird zum Luxusgut. Pro Liter Benzin gehen rund 93 Rappen an den Staat – es kann nicht sein, dass der Staat von den explodierenden Preisen profitiert, während die hart arbeitende Bevölkerung bald nicht mehr weiss, wie sie das alles bezahlen soll. Die Teuerung frisst den Lohn weg.

Die SVP-Fraktion hat deshalb eine Sonderdebatte in der kommenden Session durchgesetzt. Die Familien, der Mittelstand, das Gewerbe, die Rand-

regionen müssen unbedingt entlastet werden.

In der Motion «Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft» fordern wir eine befristete Senkung der Mineralölsteuer auf Treib- und Brennstoffe um mindestens 50 Prozent. Dass dies unbürokratisch geht, zeigt unser Nachbar Italien: Die Regierung hat dort den Benzinpreis um 30 Cent pro Liter gesenkt.

Weiter beantragen wir, dass der Pendlerabzug auf 6000 Franken erhöht wird (heute 3000 Franken). Damit würden gezielt die Arbeitnehmer in den ländlichen Gebieten entlastet.

Wir fordern, dass die missbräuchliche Doppelbesteuerung bei den Treibstoffen beendet wird. Das sind immerhin rund 10 Rappen pro Liter. Letzterem hat der Nationalrat bereits zugestimmt. Ich hoffe sehr, dass die bürgerlichen Parteien unsere Anliegen unterstützen und damit Bevölkerung und Gewerbe entlasten.



Damian Müller, Ständerat FDP

## Korrekturen bei der BVG-Reform dringend nötig

Bereits ist es Session Nummer 2 mit dem abscheulichen Krieg in der Ukraine. Energie- und Sicherheitsfragen sind auf dem Politradar. Mit der BVG-Reform steht aber auch ein anderes zentrales Thema für eine sichere Schweiz auf dem Programm.

Aus Fairnessgründen gegenüber den Jungen muss der gesetzliche Umwandlungssatz gesenkt werden. Das bedeutet 12 Prozent tiefere Renten, eine Kürzung von mehr als 200 Franken auf einer durchschnittlichen Neurente von 2300 Franken pro Monat. Das ist sozialpolitisch nicht vertretbar.

Deshalb sind Ausgleichsmassnahmen zur Erhaltung des

Rentenniveaus zwingend. Die Lösung des Nationalrats genügt jedoch nicht. Erwerbstätigen mit kleineren Einkommen, die kurz vor der Pensionierung stehen, würde die erwartete Rente immer noch um bis zu 100 Franken pro Monat gekürzt. Renten, die oft nur wenig über 1000 Franken liegen. Als Liberaler mit sozialer Verantwortung sage ich dazu Nein!

Ebenso wenig geht es, Versicherte mit kleineren Altersguthaben, aber etwas überobligatorisch und damit freiwillig angespartem Anteil schlechter zu stellen als solche mit nur obligatorischem Sparkapital. Freiwilliges Sparen muss sich auch in

Zukunft lohnen. 55 Milliarden Franken will der Nationalrat dafür in den nächsten 20 Jahren auf dem Buckel von KMU und Gewerbe ausgeben. Viel zu viel für zu wenig Wirkung!

Ich kämpfe deshalb für eine Korrektur im Ständerat. Gezielt, günstiger. Ohne Rentenkürzungen für Frauen und Männer mit tiefen Renten.



Michael Töngi, Nationalrat Grüne

## Kostenaufteilung zwischen Vermieter und Mieter

Will die Schweiz fossilfrei werden, müssen unsere Gebäude saniert werden. Richtig gemacht, ist das tragbar. Eigentümer können bis heute von sehr tiefen Zinsen und Förderbeiträgen profitieren, und wenn die Grundsätze des Mietrechts eingehalten werden, so sind auch für Mietende die Aufschläge in einem überschaubaren Ausmass. Oft aber werden sie zu hoch angesetzt.

Was auf den Mieter überwälzt werden darf und was nicht, wird nicht immer richtig unterschieden. Willentlich, um eine höhere Rendite zu erzielen, oder aus Unkenntnis. Dies zeigte auch eine Studie der

Hochschule Luzern im Auftrag des Bundes. Sie kam auf tiefere Mietzinsaufschläge, als sie in der heutigen Verordnung gelten, und gab gleich noch ein Modell mit, wie man die zugegebenermassen komplizierte Aufteilung zwischen den Kosten der Vermieter und Mieter vereinfachen kann.

Eine prima Sache. Nur: Die Studie passte dem Bundesrat nicht, die überhöhten Renditen sind ihm etwas egal. Er will weder die Verordnung den effektiven Kosten anpassen, noch will er das in der Studie entwickelte Modell übernehmen. Seine Ausrede, Pardon Begründung: Die Studie sei nicht repräsentativ.

Weshalb der Bund unrepräsentative Studien erstellen lässt, bleibt offen.

Mein Vorstoss dazu wird in der Session behandelt, der Nationalrat kann korrigieren und wenigstens den Schritt machen, das Berechnungsmodell Mietenden sowie Eigentümerinnen und Eigentümern zur Verfügung zu stellen.



Priska Wismer, Nationalrätin Die Mitte

## Motionen zur Förderung von Solarstrom

Wer in den vergangenen Wochen regelmässig die Zeitung gelesen hat, ist immer wieder dem Thema Energieversorgung begegnet. Dieses Thema beschäftigt uns bereits seit Jahren, mit dem furchtbaren Krieg in der Ukraine hat es allerdings neue Brisanz erlangt.

An der kommenden Sommersession steht dieses Thema ebenfalls mehrmals auf der Traktandenliste. In der ersten Sessionswoche werden wir zum Beispiel über zwei Motionen abstimmen, mit denen die Produktion von Solarstrom auf der bestehenden Strassen- und Bahninfrastruktur wie Lärmschutzwänden, Fassaden oder

Dachflächen rasch vorangetrieben werden soll.

Zum einen sollen die SBB und das Bundesamt für Strassen (Astra) das Potenzial für die Installation von Fotovoltaikanlagen auf ihrer Infrastruktur nutzen. Zum anderen soll es dem Astra ermöglicht werden, Flächen zum Bau von Fotovoltaikanlagen entlang der Nationalstrasse Dritten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Dies sind zwei Möglichkeiten, um dem notwendigen Ausbau der Fotovoltaikanlagen Schub zu geben. Sie sind kaum umstritten. Das reicht allerdings noch nicht. Um weniger auf Energieträger und Stromim-

porte aus dem Ausland angewiesen zu sein, müssen alle Technologien vorangetrieben werden: Wasser, Sonne, Wind, Biogas und Erdwärme. Diese Pläne generieren in vielen Fällen Widerstand. Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit sind sie jedoch notwendig und unumgänglich.

